

**Landkreis Vorpommern-Greifswald**

Der Landrat



Landkreis Vorpommern-Greifswald, 17464 Greifswald, PF 11 32

27

UmweltPlan GmbH  
Tribseer Damm 2  
18437 Stralsund

Standort: Leipziger Allee 26  
17389 Anklam  
Amt: Amt für Bau, Natur- und Denkmalschutz  
Sachgebiet: Bauleitplanung/Denkmalschutz

Auskunft erteilt: +  
Zimmer:  
Telefon:  
Telefax:  
E-Mail:

Sprechzeiten  
Di: 09.00 bis 12.00 Uhr und 14.00 bis 18.00 Uhr  
Do: 09.00 bis 12.00 Uhr und 14.00 bis 16.00 Uhr  
Mo, Mi, Fr nach Vereinbarung

Aktenzeichen: 00878-21-46	Datum: 31.03.2021
Grundstück: Bandelin, OT Schmoldow, ~	
Lagedaten: Gemarkung Schmoldow, Flur 1, Flurstücke 2/1, 3, 20/8, 23/13, 23/20, 55/3, 61/3, 77/3, 81/1, 82/1, 83/1, 84/1	
Vorhaben: Bebauungsplan Nr. 5 "Solarpark Bandelin" der Gemeinde Bandelin hier: Beteiligung Träger öffentl. Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB	

**Gesamtstellungnahme als Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB**  
hier: **Vorentwurf des Bebauungsplanes Nr. 5 "Solarpark Bandelin"**  
**der Gemeinde Bandelin**

Sehr geehrte Damen und Herren,

Grundlage für die Erarbeitung der Gesamtstellungnahme bildeten folgende Unterlagen:  
- Anschreiben des Planungsbüros f. d. Gemeinde Bandelin vom 01.03.2021 (Eingangsdatum 03.03.2021)  
- Vollmachtsschreiben  
- Vorentwurf des B- Plans Nr. 5 von Januar 2021  
- Vorentwurf der Begründung mit dem Teil „Umweltprüfung“ von Januar 2021  
- SolPEG Blendgutachten vom 14.05.2020

Das dargestellte Vorhaben wurde von den Fachämtern des Landkreises Vorpommern-Greifswald beurteilt. Die Stellungnahmen der einzelnen Sachgebiete sind im Folgenden zusammengefasst. Bei der Umsetzung des Vorhabens sind die darin enthaltenen Bedingungen, Auflagen und Hinweise zu beachten und einzuhalten. Sollten Sie Nachfragen oder Einwände zu den einzelnen Stellungnahmen haben, wenden Sie sich bitte an die jeweiligen Ansprechpartner:

## 1. Gesundheitsamt

### 1.1 SG Hygiene-, Umweltmedizin und Hafenäztlicher Dienst

Die fachliche Stellungnahme des FG Hygiene-, Umweltmedizin und hafenäztlicher Dienst wird (sobald hier vorliegend) nachgereicht.

<b>Kreisitz Greifswald</b> Feldstraße 85 a 17489 Greifswald Postfach 11 32 17464 Greifswald	<b>Standort Anklam</b> Demminer Straße 71–74 17389 Anklam Postfach 11 51/11 52 17381 Anklam	<b>Standort Pasewalk</b> An der Kürassierkaserne 9 17309 Pasewalk Postfach 12 42 17302 Pasewalk	<b>Bankverbindungen</b> Sparkasse Vorpommern IBAN: DE96 1505 0500 0000 0001 91 BIC: NOLADE21GRW	Sparkasse Uecker-Randow IBAN: DE81 1505 0400 3110 0000 58 BIC: NOLADE21PSW
Telefon: 03834 8760-0 Telefax: 03834 8760-9000	Internet: <a href="http://www.kreis-vg.de">www.kreis-vg.de</a> E-Mail: <a href="mailto:posteingang@kreis-vg.de">posteingang@kreis-vg.de</a>		<b>Gläubiger-Identifikationsnummer</b> DE11ZZZCC000202986	

## 2. Amt für Bau, Natur- und Denkmalschutz

### 2.1 SG Bauleitplanung/Denkmalchutz

#### 2.1.1 SB Bauleitplanung

Die im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB vorgelegten Unterlagen wurden hinsichtlich ihrer Übereinstimmung mit den Vorschriften des BauGB und den auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsvorschriften geprüft. Die Planungsziele, welche mit der Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 5 angestrebt werden, sind nachvollziehbar und werden mitgetragen.

Im weiteren Planverfahren sind folgende Hinweise, Anregungen und Bedenken zu beachten:

1. Die Gemeinde Bandelin verfügt über keinen wirksamen Flächennutzungsplan (FNP). Der Bebauungsplan Nr. 5 wird nicht aus dem wirksamen FNP entwickelt und bedarf aus diesem Grund einer Genehmigung.  
Im Zusammenhang der Erstellung eines FNP für das Gemeindegebiet der Gemeinde Bandelin sind die mit der Aufstellung des B-Plans Nr. 5 verbundenen städtebaulichen Zielsetzungen zu berücksichtigen.
2. Der Planzeichnung ist zu entnehmen, dass die Erschließung der einzelnen Baufelder i.S. des § 30 Abs. 1 BauGB (qualifizierter Bebauungsplan) nicht gesichert ist.  
Im Zusammenhang o.a. Aufstellungsverfahrens ist zwingend die Sicherstellung der erforderlichen Erschließung des Geltungsbereiches des Bebauungsplans, wie auch die Sicherstellung der erforderlichen Erschließung der einzelnen Baufelder gemäß § 30 Abs. 1 BauGB nachzuweisen. In der Planzeichnung sind ergänzend die erforderlichen zeichnerischen Festsetzungen zu treffen.
3. Die Breite der in der Planzeichnung festgesetzten Maßnahmenflächen ist an den relevanten Stellen zu vermaßen.
4. Die in den textlichen Festsetzungen 1.1. Nr. 6 und 7 getroffenen Regelungen sind, der Rechtseindeutigkeit dienend, mit einigen Beispielen zu ergänzen.
5. Die in der textlichen Festsetzung 1.2. Nr. 8 getroffene Regelung ergibt sich nicht aus den zum Abschluss dieser Regelungen aufgeführten Rechtsgrundlage. Diese Regelung ist zu unbestimmt. Im Aufstellungsverfahren sind dahingehende Überlegungen anzustellen und diese textliche Festsetzung näher zu bestimmen und in den textlichen Festsetzungen 4.4 zu integrieren oder ersatzlos zu streichen.
6. Zum Umfang und Detaillierungsgrad der erforderlichen Umweltprüfung gemäß Abschnitt 8 der Begründung bestehen keine Einwände.  
Gemäß § 2a Satz 3 BauGB bildet der Umweltbericht einen gesonderten Teil der Begründung. Der Umweltbericht ist in der Begründung gesondert aufzuführen.
7. Im weiteren Planverfahren ist die Vereinbarkeit mit den naturschutzrechtlichen/wasserrechtlichen Rechtsbestimmungen sowie die Vereinbarkeit mit den Zielen der Raumordnung nachzuweisen.
8. Die Sicherstellung der erforderlichen Löschversorgung ist nachzuweisen.

#### 2.1.2 SB Denkmalschutz

### 1. Baudenkmalchutz

Durch das Vorhaben werden Belange des Baudenkmalchutzes nicht berührt.

## 2. Bodendenkmalpflege

Innerhalb der Planfläche liegen die archäologischen Fundstätten Gemarkung Schmoldow, Fundplätze Nr 2,3,5 und 7 (s. Anlage).

Durch das Vorhaben werden Belange der Bodendenkmalpflege berührt.

Das Vorhaben erfordert Erdarbeiten die zur Beseitigung und Zerstörung von Teilen dieser geschützten Bodendenkmale führen können.

**Die Erdarbeiten im Bereich der Bodendenkmale bedürfen daher gem. § 7 Abs. 1 DSchG M-V einer denkmalrechtlichen Genehmigung der unteren Denkmalschutzbehörde.**

Hinweise: Die denkmalrechtliche Genehmigung ist vom Bauherrn oder einem vom Bauherrn dafür Bevollmächtigten zu beantragen.

Soweit eine andere Genehmigung für o. g. Vorhaben gesetzlich vorgeschrieben ist, ersetzt diese Genehmigung gem. § 7 Abs. 6 DSchG M-V die denkmalrechtliche Genehmigung. In diesem Fall hat die Genehmigungsbehörde die Belange des Denkmalschutzes entsprechend dem DSchG M-V zu berücksichtigen und darf die Genehmigung nur im Einvernehmen mit dem Landesamt für Kultur und Denkmalpflege erteilen.

Aus archäologischer Sicht sind im Geltungsbereich der o.g. Planung weitere Funde möglich, daher sind folgende Regelungen als **Maßnahmen zur Sicherung von Bodendenkmalen** in den Plan und für die Bauausführung zu übernehmen:

Wenn während der Erdarbeiten (Grabungen, Ausschachtungen, Kellererweiterungen, Abbrüche usw.) Befunde wie Mauern, Mauerreste, Fundamente, verschüttete Gewölbe, Verfüllungen von Gräben, Brunnschächte, verfüllte Latrinen- und Abfallgruben, gemauerte Fluchtgänge und Erdverfärbungen (Hinweise auf verfüllte Gruben, Gräben, Pfostenlöcher, Brandstellen oder Gräber) oder auch Funde wie Keramik, Glas, Münzen, Urnenscherben, Steinsetzungen, Hölzer, Holzkonstruktionen, Knochen, Skelettreste, Schmuck, Gerätschaften aller Art (Spielsteine, Kämmen, Fibeln, Schlüssel, Besteck) zum Vorschein kommen, sind diese gem. § 11 Abs. 1 u. 2 DSchG M-V unverzüglich der unteren Denkmalschutzbehörde anzuzeigen. Anzeigepflicht besteht gemäß § 11 Abs. 1 DSchG M-V für den Entdecker, den Leiter der Arbeiten, den Grundeigentümer oder zufällige Zeugen, die den Wert des Gegenstandes erkennen.

Der Fund und die Fundstelle sind gem. § 11 Abs. 3 DSchG M-V in unverändertem Zustand zu erhalten. Diese Verpflichtung erlischt fünf Werkstage nach Zugang der Anzeige, bei schriftlicher Anzeige spätestens nach einer Woche. Die untere Denkmalschutzbehörde kann die Frist im Rahmen des Zumutbaren verlängern, wenn die sachgemäße Untersuchung oder die Bergung des Denkmals dies erfordert.

Aufgefundene Gegenstände sind dem Landesamt für Kultur und Denkmalpflege zu übergeben.

### 3. Hinweis

Vorsorglich weise ich darauf hin, dass als Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Absatz 2 Nr. 6 DSchG M-V das Landesamt für Kultur und Denkmalpflege zu beteiligen ist.

Anschrift: Landesamt für Kultur und Denkmalpflege, Domhof 4-5, 19055 Schwerin

Tel.: 0385 58879 111

## 2.2 SG Naturschutz

seitens der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Vorpommern-Greifswald ergeht zum o. g. Vorhaben unter Beachtung und Berücksichtigung nachstehender Forderungen folgende Stellungnahme:

Im Rahmen des weiteren Verfahrens ist die Erstellung folgender Unterlagen notwendig um die Genehmigungsfähigkeit des Vorhabens abschließend prüfen zu können.

### 1. Umweltbericht

Zur umfassenden Beurteilung der von der Gemeinde Bandelin eingereichten Planungsunterlage über die Aufstellung des Bebauungsplan Nr. 5 "Solarpark Bandelin", ist entsprechend § 2 Abs. 4 des BauGB für die Belange des Umweltschutzes nach § 1 Abs. 6 Nr. 7 und § 1a in der Neufassung des Baugesetzbuches vom 23.09.04, in der jetzt gültigen Fassung eine Umweltprüfung durchzuführen, in der die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt werden und in einem Umweltbericht beschrieben und bewertet werden; die Anlage 1 zu diesem Gesetzbuch ist anzuwenden.

Die Gemeinde legt dazu für jeden Bauleitplan fest, in welchem **Umfang und Detaillierungsgrad** die Ermittlung der Belange für die Abwägung erforderlich ist. Die Umweltprüfung bezieht sich auf das, was nach gegenwärtigem Wissensstand und allgemein anerkannten Prüfmethode sowie nach Inhalt und Detaillierungsgrad des Bauleitplans angemessener Weise verlangt werden kann.

Das Ergebnis der Umweltprüfung ist in der Abwägung zu berücksichtigen.

- **Dem hier im Vorentwurf dargestellten Untersuchungsumfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung (Schutzgüter) entsprechend Pkt. 8.1 wird entsprochen. Aufgrund der Lage abseits vieler Schutzgebiete, sind einige Prüfung nicht erforderlich.**

### 2. Eingriffsregelung

Entsprechend dem Abwägungsgebot des § 1 Abs. 5 und 6 BauGB sind die Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege hinsichtlich des Vermeidungs- und Kompensationsgrundsatzes verfahrensmäßig und inhaltlich vollständig und abschließend auf der Ebene der Bauleitplanung zu klären. In der Bauleitplanung ist abschließend darüber zu entscheiden, ob sich die Eingriffe in Natur und Landschaft rechtfertigen lassen und ob und in welchem Umfang für unvermeidbare Beeinträchtigungen Kompensationsmaßnahmen notwendig sind. Die Gemeinde ist deshalb nach § 1 a Abs. 2 Nr. 2 und Abs. 3 BauGB verpflichtet, über alle Eingriffsfolgen bei der Aufstellung des Bebauungsplanes zu entscheiden.

§ 15 des Gesetzes über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz – BNatSchG) vom 29. Juli 2009 (BGBl. 2009 S. 2542) sagt aus, dass der Verursacher eines Eingriffs verpflichtet ist, vermeidbare Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft zu unterlassen sowie unvermeidbare Beeinträchtigungen innerhalb einer zu bestimmenden Frist durch Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege auszugleichen.

Es ist eine Bilanzierung des Eingriffs und der Kompensationsmaßnahmen nach HZE 2018 vorzulegen.

Es sind geeignete Ausgleichsmaßnahmen abzuleiten. Die Flächenverfügbarkeit für Ausgleichsmaßnahmen ist nachzuweisen.

Bei der Ausführungsplanung für die Kompensationsmaßnahmen sind die ermittelten Anforderungen an die Funktionalität der Maßnahmen hinsichtlich der Eignung zu berücksichtigen.

Befindet sich die Kompensationsmaßnahme nicht auf dem Eingriffsgrundstück, ist eine zusätzliche privatrechtliche Sicherung z. B. durch Grundbucheintrag erforderlich. Kompensationsmaßnahmen sind dauerhaft zu sichern.

Die Beeinträchtigung des Landschaftsbildes ist zu bewerten bzw. Maßnahmen abzuleiten (z.B. Pflanzungen), die eine Verschlechterung des Landschaftsbildes verhindern.

- Grundsätzlich begrüßt die UNB den Ansatz der Anlage von Extensivgrünland als Ausgleichsmaßnahme, solange die Anforderungen der HzE 2018 erfüllt sind. Pkt. 4.4
- Bei der genaueren Maßnahmenplanung ist genau die Nummer der Maßnahme nach HzE 2018 zu nennen.
- Auch die Anlage von Extensivacker als Alternative zu Extensivgrünland wäre eine mögliche Kompensationsmaßnahme
- Bei Maßnahmen mit Pflegeverpflichtung (rot dargestellt in der HzE 2018) Bedarf es eines gesonderten Pflege- und Kostenplans. Die Gelder müssen bei der Gemeinde (Amt) hinterlegt werden.
- Sofern Bruthabitate der Feldlerche (z.B.) durch das Vorhaben betroffen sind (Acker wahrscheinlich), sollten Kompensationsmaßnahmen gewählt werden, die multifunktional auch die Betroffenheiten der Avifauna abdecken.

### 3. Belange des speziellen Artenschutzes

Die Zuständigkeit für Entscheidungen nach § 44 Abs. 1 BNatSchG befindet sich seit dem 1.7.2012 entsprechend § 6 des NatSchAG M-V in der jetzt gültigen Fassung bei den unteren Naturschutzbehörden.

Nach § 7 Abs. 2 Nr. 13 BNatSchG gelten folgende Arten als besonders geschützt:

- Arten der Anhänge A und B der EG-Verordnung 338/97
- Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie 92/43/EWG
- Europäische Vogelarten
- Tier und Pflanzarten, die in einer Rechtsverordnung nach § 54 Abs. 1 aufgeführt sind; Streng geschützt sind laut § 7 Abs. 2 Nr. 14 BNatSchG:
  - Arten des Anhangs A der EG-Verordnung 338/97
  - Arten des Anhangs IV der Richtlinie 92/43/EWG
  - Tier und Pflanzenarten die in einer Rechtsverordnung nach § 54 Abs. 2 BNatSchG aufgeführt sind.

Nach § 44 Abs. 1 BNatSchG ist es verboten,

1.

wild lebenden Tieren der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,

2.

wild lebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert,

3.

Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,

4.

wild lebende Pflanzen der besonders geschützten Arten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, sie oder ihre Standorte zu beschädigen oder zu zerstören.

Die artenschutzrechtlichen Bestimmungen unterliegen nicht der gemeindlichen Abwägung. Bei Betroffenheit besonders oder streng geschützter Arten ist eine Ausnahme zu beantragen. Einer

Ausnahme nach § 45 Abs. 7 BNatSchG dürfen die dort genannten Bestimmungen der EG-Vogelschutzrichtlinie und der FFH-Richtlinie nicht entgegenstehen.

Gemäß § 3 Nr. 5 Naturschutzausführungsgesetz M-V ist ab Juli 2012 der Vollzug der Zugriffsverbote aus der artenschutzrechtlichen Regelzuständigkeit der oberen Naturschutzbehörde ausgenommen und liegt daher bei der unteren Naturschutzbehörde.

Durch das Vorhaben können aufgrund Ihrer Planung artenschutzrechtliche Verbotsnormen berührt sein. In diesem Fall stünden der Umsetzung Ihrer Planung zwingende Vollzugshindernisse entgegen.

Aufgrund der Nutzung der Fläche als Acker ist von Betroffenheiten von Brutvögeln (Feldlerche) auszugehen. Eine Kartierung wird ausdrücklich begrüßt.

Nähere Hinweise zum Fachbeitrag Artenschutz entnehmen Sie bitte den im Internet publizierten Arbeitshilfen des Landesamtes für Umwelt, Naturschutz und Geologie zu den artenschutzrechtlichen Zugriffsverboten unter:

[http://www.lung.mv-regierung.de/insite/cms/umwelt/natur/artenschutz/gesetzl\\_artenschutz.htm](http://www.lung.mv-regierung.de/insite/cms/umwelt/natur/artenschutz/gesetzl_artenschutz.htm).

Insbesondere wird auf das Merkblatt für Artenschutz in der Bauleitplanung unter:

[http://www.lung.mv-regierung.de/dateien/artenschutz\\_merkblatt\\_bauleitplanung.pdf](http://www.lung.mv-regierung.de/dateien/artenschutz_merkblatt_bauleitplanung.pdf)

verwiesen.

Der artenschutzrechtliche Fachbeitrag (AFB) muss die Betroffenheiten der folgenden Artengruppen untersuchen: Avifauna –Rast/Brut, Reptilien, Amphibien, Säugetiere und Pflanzen.

- **Mit Ausnahme der Säugetiere entspricht diese Vorgabe den Planungen des Vorentwurfes (8.1.).**
- **Grundsätzlich wird im Rahmen der Minimierung der Betroffenheit empfohlen, die Bauarbeiten in den Monaten Oktober bis März durchzuführen.**
- **Die Betroffenheiten des Biotopschutzes sind darzulegen, inwieweit eine mittelbare Beeinträchtigung durch die vollständige Umzäunung und somit Isolierung der Fläche, vorliegt.**

Im Rahmen des B-Plan Verfahrens sind potenzielle artenschutzrechtliche Konflikte zu klären. Sofern eine umfangreiche Kartierung aus Zeitgründen ausgeschlossen wird, muss über eine Potentialanalyse die Beeinträchtigung von Arten und Artengruppen betrachtet werden. Es ist hierbei besonders auf das Tötungsverbot und Verbot zur Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten entsprechend § 44 Abs. 1 Nr. 1 und 3 BNatSchG, einzugehen. Die Hauptkonflikte sind bei den Amphibien, Reptilien und v.a. **Avifauna** (Feldlerche) zu erwarten. Entsprechende CEF Maßnahmen sind hinsichtlich ihrer Größe und Detaillierung zu begründen.

Eventuelle CEF-Maßnahmen sind vor Abschlusses des B-Plan-Verfahrens umzusetzen.

Bevor die artenschutzrechtlichen Konflikte nicht geklärt sind, ergeht vonseiten der unteren Naturschutzbehörde keine abschließende Stellungnahme. Die artenschutzrechtlichen Bestimmungen unterliegen nicht der gemeindlichen Abwägung.

- **Anmerkung zu textlichen Festsetzung 4.3.**  
**Aufgrund des potentiellen Vorkommens des Wolfes im gesamten Gebiet des Landkreises, wird empfohlen i.R. der Einfriedung der PV-Anlage, auf eine Öffnung im Bodenbereich von 15 cm zu verzichten und anstelle einen geschlossenen Zaun mit Untergrabeschutz, zu errichten. Dies macht jedoch nur Sinn, falls die PV Anlage**

durch Schafe beweidet werden soll. Wenn eine Beweidung nicht ausgeschlossen werden kann, sollte auf einen „offenen“ Zaun verzichtet werden. Es ist dann im geschlossenen Zaun, im Abstand von 50m, ein kleines, kurzes Rohr in den Zaun einzubauen, um hier einen Wechsel der Tiere zu ermöglichen.

#### **4. Städtebaulicher Vertrag**

Vor Ergehen der abschließenden Stellungnahme ist der unteren Naturschutzbehörde der städtebauliche Vertrag (Erschließungsvertrag) zur Prüfung und Kenntnisnahme vorzulegen. In dem Vertrag ist die Verpflichtung zur Umsetzung der Ausgleichsmaßnahmen i.S. der Eingriffsregelung als auch artenschutzrechtliche Maßnahmen, finanziell zu sichern.

### **3. Amt für Hoch- und Tiefbau/Immobilienmanagement**

#### **3.1 Kreisstraßenmeisterei**

Seitens der Kreisstraßenmeisterei des Landkreises Vorpommern-Greifswald bestehen gegen o.g. Vorhaben keine Einwände. Die Kreisstraßen des Landkreises Vorpommern-Greifswald werden nicht berührt.

### **4. Amt für Wasserwirtschaft und Kreisentwicklung**

#### **4.1 SG Abfallwirtschaft/Immissionsschutz**

##### **4.1.1 SB Abfallwirtschaft/Bodenschutz**

Die untere Abfall- und Bodenschutzbehörde stimmt dem Vorhaben unter Berücksichtigung folgender Hinweise und Auflagen zu:

##### **Auflagen Bodenschutz:**

1. Während der Baumaßnahme auftretende Hinweise auf schädliche Bodenveränderungen oder Altlastverdachtsflächen (vererdete Müllkörper, Verunreinigungen des Bodens, Oberflächen- und Grundwassers, u.a.) sind der unteren Bodenschutzbehörde des Landkreises Vorpommern-Greifswald sofort anzuzeigen. Die Arbeiten sind gegebenenfalls zu unterbrechen.

##### **4.1.2 SB Immissionsschutz**

Die Belange der unteren Immissionsschutzbehörde sind im o.g. B-Plan berücksichtigt.

#### **4.2 SG Wasserwirtschaft**

Die untere Wasserbehörde stimmt dem Vorentwurf, Stand Januar 2021, zum Bebauungsplan Nr. 5 „Solarpark Bandelin“ der Gemeinde Bandelin unter Berücksichtigung folgender Auflagen und Hinweise zu:

##### **Auflagen:**

Rohrleitungen und Uferbereiche von Gewässern II. Ordnung (z.B. Gräben) sind entsprechend § 38 Wasserhaushaltsgesetz in einem Abstand von mind. 5 Metern ab Böschungsoberkante von einer Bebauung auszuschließen / von dem geplanten Bauvorhaben freizuhalten.

Sollte eine Kreuzung von Gewässern II. Ordnung (offene und verrohrte Gräben) vorgesehen sein,

ist gemäß § 36 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) in Verbindung mit §§ 82 und 118 Landeswassergesetz M-V (LWaG) eine wasserrechtliche Zustimmung beim Landkreis Vorpommern-Greifswald, untere Wasserbehörde, einzuholen (Ansprechpartner: Herr Schoß, ☎ 03834 / 8760 3259). Dazu ist das Bauausführungsprojekt mit den detaillierten Angaben zur Gewässerkreuzung einzureichen. Die Stellungnahme des zuständigen Wasser- und Bodenverbandes ist den Antragsunterlagen beizufügen.

Falls eine Grundwasserabsenkung erfolgen soll, ist dafür rechtzeitig vor Beginn der Baumaßnahme bei der unteren Wasserbehörde des Landkreises Vorpommern-Greifswald eine wasserrechtliche Erlaubnis zu beantragen. Angaben zu Entnahmemenge, Beginn der Absenkung, Zeitraum, geplante Absenktiefe, Einleitstelle des geförderten Grundwassers sowie ein Lageplan sind anzugeben bzw. vorzulegen (Ansprechpartner: Herr Wegener, ☎ 03834 / 8760 3260).

Die Lagerung und Verwendung von wassergefährdenden Stoffen (Transformatoröl u. a.) **ist ggf.** gemäß § 62 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) in Verbindung mit § 20 (1) des Wassergesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern (LWaG) bei der unteren Wasserbehörde des Landkreises Vorpommern-Greifswald anzeigepflichtig (Ansprechpartner: Herr Schoß, ☎ 03834 / 8760 3259)

Sollten bei den Erdarbeiten Dränagen oder auch andere hier nicht erwähnte Entwässerungsleitungen angetroffen und beschädigt werden, so sind sie in jedem Falle wieder funktionstüchtig herzustellen, auch wenn sie zum Zeitpunkt der Bauarbeiten trockengefallen sind. Der zuständige Wasser- und Bodenverband ist zu informieren.

#### Hinweise:

Das o.g. Plangebiet befindet sich in keiner rechtskräftigen Trinkwasserschutzzone.

Es wird darauf hingewiesen, dass sich im Planbereich Vorflutgräben, Gewässer II. Ordnung befinden.

Für die Unterhaltung dieser Gewässer ist der Wasser- und Bodenverband „Untere Tollense - Mittlere Peene“ verantwortlich, deren Stellungnahme anzufordern ist.

## **5. Straßenverkehrsamt**

### **5.1 SG Verkehrsstelle**

Seitens des Straßenverkehrsamtes bestehen zum o.g. Vorhaben (entsprechend eingereichter Unterlagen) grundsätzlich keine Einwände, wenn:

- bei der Ausfahrt vom B-Plan - Gebiet auf die Straße ausreichend Sicht vorhanden ist.
- durch (auch zu einem späteren Zeitpunkt geplante) Bebauung, Bepflanzung, parkende Fahrzeuge oder Werbeanlagen Sichtbehinderungen für Verkehrsteilnehmer nicht entstehen.
- Verkehrsteilnehmer durch die Solaranlagen nicht geblendet werden.

bei Verkehrsraumeinschränkungen (Einrichtung von Baustellenzufahrten u.a.) rechtzeitig vor Baubeginn durch die beauftragte Baufirma bei der unteren Straßenverkehrsbehörde des Landkreises Vorpommern-Greifswald eine verkehrsrechtliche Anordnung gem. § 45 StVO beantragt wird. Dem Antrag ist die entsprechende Aufgrabeerlaubnis/ Sondernutzungserlaubnis des zuständigen Straßenbaulastträgers sowie ein Verkehrszeichenplan

## 6. Ordnungsamt

### 6.1 SG Brand- und Katastrophenschutz

#### 6.1.1 SB Abwehrender Brandschutz

#### Feuerwehr

Die zuständige öffentliche Feuerwehr, die FF Bandelin, kommt als Feuerwehr mit Grundausrüstung zum Einsatz. Sie ist aktuell einsatzbereit und damit in der Lage, innerhalb der zur Personenrettung zur Verfügung stehen Frist Rettungsmaßnahmen einzuleiten und wirksame Löscharbeiten zu beginnen. Über den sofortigen Einsatz bzw. die Nachforderung weiterer Nachbarwehren entscheidet der Wehrführer mit Abstimmung des Feuerwehrplanes. Für das Objekt ist ein Feuerwehrplan nach DIN 14095 zu erstellen und mit der Brandschutzdienststelle abzustimmen. Der zuständigen örtlichen Feuerwehr ist ein Druckexemplar als Dokumentenordner mit Rückenbeschriftung nachweislich zu übergeben. Die Brandschutzdienststelle erhält ein PDF- Dokument zu Archivierung und Weitergabe an die Integrierte Leitstelle Greifswald. Vor Nutzungsaufnahme ist mit der örtlichen Feuerwehr eine Ortsbesichtigung durchzuführen und zu protokollieren.

#### Zugänglichkeit

Die gewaltfreie Zugänglichkeit und sichere Zufahrt für die Feuerwehr ist, z. B. durch eine Feuerwehrdoppelschließung an der Toranlage, jederzeit zu gewährleisten.

#### Löschwasser

Für das Objekt ist, soweit nicht durch den Grundschutz der Gemeinde abgesichert, eine geeignete Löschwasserentnahmemöglichkeit zu schaffen. Dies kann ein Löschwasserteich, -zisterne, -brunnen o. ä. sein. Dabei ist eine frostsichere Löschwasserentnahmestelle mit Feuerwehraufstell- und Bewegungsflächen nach DIN 14210 entsprechend zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen

-Im Auftrag

Viktor Streich  
Sachbearbeiter